

Positionspapier zur Asylpolitik

Dieses Papier stellt die Position des Bundesvorstands der PDV zur Asylpolitik dar. Der Bereich Einwanderung wird in einem weiteren Papier detaillierter behandelt werden. Die Bereiche Staatsbürgerschaft und die Migration von EU-Bürgern werden in diesem Papier nicht behandelt. Dieses Papier geht vom aktuellen Zustand (Herbst 2015) in Deutschland aus. Wie Asyl langfristig in einem von der PDV angestrebten libertären Staat geregelt sein könnte, wird kurz im Abschnitt 4 behandelt.

1 Grundsätze

Wesentliche Grundsätze der PDV sind Rechtsstaatlichkeit, d.h. jedes staatliche Handeln hat auf Basis von Gesetzen zu erfolgen, und die Minimierung staatlicher Eingriffe in das Leben der Bürger, insbesondere sollte staatliches Handeln keine unnötigen Kosten und Lasten für die Bürger verursachen. Eine Selbstverständlichkeit ist, dass der Staat nicht seine eigene Existenz oder die Existenz der Bürger gefährden darf, und existenzgefährdende Angriffe von Außen abwehren muss.

In Deutschland wird Personen, die aus einem Staat kommen, in dem ihnen aus politischen Gründen Verfolgung droht, Asyl gewährt. Die PDV ist für die Unterstützung von politisch Verfolgten, allerdings muss die politische Verfolgung nach klaren Kriterien überprüft werden. Da politisch Verfolgten Leistungen auf Kosten der Bürger gewährt werden, ist die politische Verfolgung auf geeignete Weise festzustellen. Die Verfolgung wird auf Basis von Gesetzen in einem rechtsstaatlichen Verfahren festgestellt. Politisch Verfolgte sind in der Diskussion und in der Behandlung klar zu trennen von Personen, die aus anderen Gründen nach Deutschland kommen möchten. Regierungsmitglieder, die den Asylstatus auf Personen ausdehnen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, begehen Rechtsbruch. Personen ohne Aufenthaltsberechtigung sind nach einem negativen Asylbescheid umgehend abzuschicken.

Jeder, der in Deutschland Asyl beantragt, tut dies, um hier in Freiheit und sicher vor Verfolgung zu sein (ansonsten wäre der Asylantrag sowieso unbegründet). Diese Sicherheit wird von Deutschland auf Basis des Grundgesetzes ermöglicht, deshalb kann sich nur der darauf berufen, der das Grundgesetz vorbehaltlos anerkennt. Personen, die nicht bereit sind, das Grundgesetz als bindende Basis des Zusammenlebens in Deutschland anzuerkennen (z.B. aus religiösen Gründen), können in Deutschland kein Asyl bekommen.

Die Gewährung von Asyl ist eine humanitäre Leistung, die Deutschland grundsätzlich allen Menschen gewährt, die die Asylbedingungen erfüllen. Aber natürlich kann diese Leistung auch aus guten Gründen eingeschränkt werden. Wenn Menschen, die hier Asyl beantragen und dabei angeben, in ihrer Heimat politisch verfolgt und bedroht zu werden, hier schwere Straftaten begehen oder andere Personen bedrohen, so entfällt jegliche Grundlage ihres Aufenthalts. Es ist nicht die Aufgabe Deutschlands, Gewalttäter aufzunehmen, um sie vor anderen Gewalttätern zu schützen. Deshalb sollten auch Personen, denen Asyl gewährt wurde oder die es beantragt haben, im Falle von schwereren Straftaten (insbesondere Gewalttaten) nach Verbüßung der Haft abgeschoben werden.

Des Weiteren darf Deutschland unter keinen Umständen seine eigene Existenz und Zukunft gefährden, um Asyl zu gewähren. Es ist offensichtlich, dass Deutschland bei einem jährlichen Zustrom von z.B. 10 Millionen Asylbewerbern innerhalb kurzer Zeit kollabieren würde. Die Aufnahme von vielen Menschen mit grundsätzlich anderen Ansichten über Staat, Religion und Freiheit hat das Potenzial, den freiheitlichen Rechtsstaat zu zerstören. Deshalb muss eine verantwortungsvolle Asylpolitik auch der Aufnahmefähigkeit Deutschlands Rechnung tragen. Die aktuelle Bundesregierung versagt hier, indem sie es versäumt, Obergrenzen für den Zustrom zu bestimmen und umzusetzen. Beim Erreichen der Obergrenze sind die Grenzen für Asylbewerber zu schließen bis wieder Ordnung geschaffen wurde. Ohnehin muss Deutschland aus Sicht des Grundgesetzes keine Asylbewerber, die aus sicheren Drittstaaten (zu denen alle unsere Nachbarstaaten gehören) einreisen, aufnehmen. Eine Grenzschließung für Asylbewerber wäre somit jeder Zeit rechtlich möglich.

Der häufig genannte Vergleich des derzeitigen Asylansturms mit der Aufnahme der Vertrie-

benen aus den deutschen Ostgebieten ist Unsinn, schon allein deshalb, weil es sich damals um deutsche Bürger handelte, und diese nicht über sichere Drittstaaten ankamen.

Hier unsere wichtigsten Grundsätze nochmal kompakt:

- Klare Trennung von Asyl (für politisch Verfolgte) und Einwanderung
- Abschiebung von Straftätern unter den Asylanten
- Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit Deutschlands
- Minimierung der Belastungen für die Bürger

2 Aktueller Zustand (Herbst 2015)

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ([BAMF](#)) veröffentlicht folgende Daten für den Monat Juli: Im Berichtsmonat Juli 2015 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 37.531 Asylanträge gestellt. Das sind 93,2 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Wie in den Vormonaten wird etwa ein Drittel der Anträge anerkannt (Kriegsflüchtlinge, sonstige Asylberechtigte), wobei die im Juli abgeschlossenen Anträge vor mehreren Monaten gestellt worden sein dürften. Der [Spiegel](#) berichtete im Januar 2015 über eine durchschnittliche Verfahrensdauer von über 5 Monaten. Gleichzeitig besteht seit Jahren ein eklatantes Umsetzungsdefizit bei der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber, wie die [Welt](#) berichtet. Laut [FAZ](#) werden aus einigen Regionen nicht einmal 10% der abgelehnten Asylbewerber abgeschoben.

Laut den Daten des [BAMF](#) nimmt Deutschland im Verhältnis zu anderen großen Ländern der EU sehr viele Asylanten auf: Im April 2015 (neuere Daten sind nicht in allen Ländern verfügbar) gab es in Deutschland 27 175 Asylanträge, während es in Frankreich 5650, Italien 4590 und im Vereinigten Königreich 1960 Asylanträge gab. Damit gab es in den drei anderen großen EU-Ländern, die zusammen mehr als die doppelte Einwohnerzahl von Deutschland haben, insgesamt weit weniger als halb so viele Asylanträge. Von Ländern wie Polen (750 Asylanträge) und Spanien (900 Asylanträge im April 2015) gar nicht zu reden (diese beiden Länder haben zusammen etwa so viele Einwohner wie Deutschland). Diese Ungleichverteilung scheint auch durch die im Vergleich großzügigen Leistungen für Asylanten in Deutschland zu kommen ([Handelsblatt](#)). Auch aus dem Ausland werden die zu hohen Sozialleistungen für Asylbewerber in Deutschland kritisiert. Der serbische Ministerpräsident kritisiert, dass die Asylbewerber-Leistungen höher sind als der Durchschnittsverdienst in seinem Land ([FAZ](#)). Dies gilt wohl auch für viele andere Länder.

Dieser Massenzuzug von Asylbewerbern hat natürlich auch finanzielle Auswirkungen. BK Merkel rechnet inzwischen mit Kosten von 10 Milliarden Euro für 2016 ([n-tv](#)). Zum Vergleich: Der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung beträgt 15 Milliarden Euro im Jahr 2015. Teilweise dürften diese Ausgaben auf nicht umgesetzte Abschiebungen zurück zu führen sein. Hier ist natürlich die Exekutive in der Pflicht. Ein Geschäftsführer, der Auszahlungen aus dem Betriebsvermögen ohne Rechtsgrundlage vornimmt, wird zu Recht über kurz oder lang wegen Untreue angeklagt werden. Politiker, die ähnlich einem Geschäftsführer das staatliche Vermögen der Bürger verwalten, machen sich moralisch der Untreue schuldig, indem sie Abschiebungen nach Gesetz nicht konsequent umsetzen.

Leider sind die Kosten für Verpflegung, Unterkunft usw. nicht die einzigen Probleme, die durch den Asylansturm auf die deutschen Bürger zukommen. Durch die hohen Asylbewerberzahlen steigt die Kriminalität und die gefühlte Sicherheit der Bevölkerung nimmt ab. Die Badischen Neusten Nachrichten berichten am 14.08.2015 im Zusammenhang mit der versuchten Vergewaltigung einer Frau durch einen Asylbewerber aus Tunesien, „dass die Polizei gehäuft zudem Beschwerden von Frauen registriert, die in bestimmten Bereichen der Stadt von umherstreifenden Männern auf übelste Weise rhetorisch attackiert und belästigt werden.“ Ähnliche Probleme werden auch aus Heidelberg berichtet ([Stuttgarter Zeitung](#)). Im Zusammenhang mit dem Karlsruher Fall wird die Polizei auch dafür kritisiert, dass dieser erst nach über zwei Wochen veröffentlicht wurde (und nicht

wie üblich sofort). Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung berichtete am 20.09.2015 davon, dass Asylbewerber bei den Straftaten in Deutschland deutlich überrepräsentiert sind. Insbesondere bei Straftaten wie Körperverletzung, Raubdelikte, Vergewaltigung, Raubmord und Totschlag waren 2014 deutlich mehr Asylbewerber unter den Verdächtigen als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Die Zahlen aus dem FAS-Artikel: Bevölkerungsanteil Asylbewerber 2014: 0,28%, Anteile unter den Verdächtigen 2014 laut polizeilicher Kriminalstatistik: 7% bei räuberischen Diebstählen, 8,5% bei Körperverletzungen, 5% bei Raubmorden, 4% bei Totschlagsdelikten und 5% bei Vergewaltigungen. Asylbewerber sind bei diesen Straftaten also 14 bis 30-fach überrepräsentiert. Auch die höhere Gefahr, Opfer einer Straftat zu werden, ist eine Last, die die Asylpolitik der deutschen Bevölkerung auferlegt. Bundeskanzlerin Merkel hat schon in der Vergangenheit gesagt, „wir müssen akzeptieren, dass die Zahl der Straftaten bei jugendlichen Migranten besonders hoch ist.“ ([youtube](#)). Die jetzige Politik ist sich also der Probleme bewusst, ohne effektive Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Weiterhin nimmt Deutschland nicht nur Verfolgte auf, sondern offensichtlich auch Personen, die ihre Gewalt gegen Andersdenkende auf deutschem Boden weiter führen. Im Asylbewerberwohnheim Suhl wurde ein zum Christentum konvertierter Afghane aufgrund von Glaubensstreitigkeiten beinahe gelyncht. Auch andere Personen wurden bei den Krawallen verletzt ([Spiegel](#), [mdr](#)). Gewalt und Drohungen von Muslimen gegen Christen scheinen in Asylunterkünften ein häufiges Phänomen zu sein, wie die [Welt](#) berichtet. Es ist absolut unverständlich, warum die Täter in solchen Fällen nicht umgehend abgeschoben werden. Eine Trennung der Asylanten nach Religionen verschleiert das Problem nur, bis dann irgendwann deutsche Bürger bedroht werden.

Auch mögliche zukünftige Spannungen durch das Geschlechter-Missverhältnis (deutlich mehr Männer als Frauen) der Asylanten sollten der Regierung zu denken geben, wie hier bei [Tichys Einblick](#) berichtet.

Aufgrund des rasanten Bevölkerungswachstums in vielen Gegenden der Welt ist es wahrscheinlich, dass in Zukunft mehr Asylanträge gestellt werden. Laut [Wikipedia](#) wuchs die Bevölkerung von Nigeria von 57 Millionen 1970 auf 158 Millionen 2010 und erwartete 730 Millionen im Jahre 2100! Ähnlich drastische Wachstumsraten werden für andere Länder vorhergesagt.

Obwohl einige Entwicklungen abzusehen waren, viele Migrationsgründe hausgemacht sind (hohe Sozialleistungen) und die Asylproblematik immer größer wird, agieren die im Bundestag vertretenen Parteien kopflos und unsystematisch. In alter sozialistischer Manier wird versucht, die Probleme mit Steuergeld zu überdecken (Steuererhöhungen, um für die Asylbewerber zu bezahlen, wurden schon von verschiedenen Seiten gefordert!). Die [FAZ](#) berichtet sogar schon von ersten Wohnungs-Beschlagnahmungen zur Unterbringung von Asylanten. Wir als PDV stehen für langfristig tragfähige Lösungen ohne eklatante Mehrbelastung der Bürger. Diese Lösungen wollen wir im Folgenden kurz vorstellen.

3 Maßnahmen (kurzfristig)

1. Konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber, denn der Staat muss sparsam mit Steuergeldern umgehen. Die beteiligten Staatsbediensteten (Politiker, Beamte und Angestellte) haften für die korrekte Umsetzung der Abschiebungen, zumindest insofern sie gegen Gesetze verstoßen.
2. Konsequente Abschiebung aller Straftäter unter den Asylbewerbern und Asylberechtigten. Die öffentliche Sicherheit ist die primäre Staatsaufgabe, hier darf der Staat keine Probleme tolerieren. Insbesondere Gewaltandrohungen müssen die sofortige Abschiebung zur Folge haben.
3. Absenkung der Sozialleistungen für Asylbewerber auf das durchschnittliche europäische Niveau. Diese Sozialleistungen werden ab sofort nur noch als Kredit gewährt
4. Verfahrensbeschleunigung. Ein Antrag von Personen aus sicheren Herkunftsländern sollte in weniger als einer Woche entschieden sein, da das Ergebnis klar ist. Die Liste der sicheren

Herkunftsstaaten ist dazu sinnvoll zu erweitern. Politische Spielchen von z. B. den Grünen, die die Anerkennung des Kosovo und Albaniens als sichere Herkunftsstaaten bislang verhindert haben, sind unverantwortlich (für die Schweiz und Österreich haben diese Länder den Status längst)! In Absprache mit unseren Nachbarländern sollte auch die Einreise aus einem sicheren Drittstaat zur schnellen Ablehnung des Asylantrags führen.

5. Lokale Asylantragsstellung. Asylanträge sollten in der Regel über die deutschen Botschaften gestellt werden. Dabei erfolgt die Bearbeitung in Deutschland, nur die Einreichung des Antrags über die Botschaft. Falls dies nicht möglich ist, können die Anträge auch an der deutschen Grenze gestellt werden. Personen, die ohne positiven Asylbescheid (oder eine andere Aufenthaltsberechtigung) nach Deutschland kommen, werden bei Feststellung dieses Sachverhalts direkt abgeschoben. Vergleiche mit der „no way“-Kampagne Australiens ([offizielles Video](#), n-tv).
6. Solidarität statt Zwang. Anstatt unseren europäischen Nachbarn ungewollte Einwanderung aufzunötigen, sollten sie von Deutschland bei der effektiven Grenzsicherung unterstützt werden.
7. Lokal vor Deutschland. Wenn möglich, sollten Flüchtlinge in ihrer Herkunftsregion versorgt werden, z. B. mit deutschen Hilfslieferungen/Hilfsgeldern. Dies ist immer noch bedeutend günstiger als die Versorgung in Deutschland und stärkt die lokale Wirtschaft.
8. Sanktionierung nicht kooperativer Staaten. Staaten, die ihre abzuschiebenden Staatsbürger nicht zurück nehmen, werden sanktioniert.
9. Standard-Abschiebe-Land. Gegen Bezahlung findet sich bestimmt ein Land, in das abgeschoben werden kann, falls abgelehnte Asylbewerber ihr Heimatland nicht nennen wollen oder sich bei allgemeinen Abschiebungen das Heimatland unkooperativ zeigt.
10. Grenzschießungen. Wenn die deutsche Aufnahmefähigkeit an eine Grenze kommt, sind Grenzschießungen für Asylbewerber das richtige Mittel, um der Lage Herr zu werden. In diesem Fall wird das Schengener Abkommen ausgesetzt.
11. Diplomatie. Mit diplomatischen Mitteln sollte versucht werden, die Fluchtursachen (z.B. Krieg) zu beseitigen.
12. Ende des Asylstatus. Die dauerhafte Einwanderung von anerkannten Asylantern richtet sich nach den gleichen Kriterien wie die allgemeine Einwanderung.
13. Arbeitserlaubnis. Anerkannte Asylantern erhalten sofortigen uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutschland.

Mit diesen Maßnahmen lassen sich die Probleme sehr stark verkleinern, zwei Drittel aller Asylgesuche werden zur Zeit ohnehin abgelehnt und eine konsequente Ausweisung von Straftätern wird sich schnell herumsprechen. Die Existenz eines Standard-Abschiebe-Lands führt dazu, dass die Verschleierung der eigenen Herkunft (Pass wegwerfen u.ä.) nicht mehr so viel bringt, und deshalb eher unterlassen wird.

4 Langfristige Ideen

Es ist minimalstaatliche Kernaufgabe, Deutschland an den Außengrenzen vor ungewollter Zuwanderung zu schützen. Von staatlicher Seite wird entschieden, wer nach geltendem Recht als Verfolger zu gelten hat. Die Aufnahmekapazität hängt aus Sicht der PDV allein von der Hilfsbereitschaft der Bürger zur Versorgung und Eingliederung ab. Die Versorgung von Asylantern in Deutschland wird allein von Privatpersonen und privaten Organisationen, wie z.B. von über Spenden finanzierte Hilfsorganisationen, übernommen. Das langfristige Ziel ist, dass diese Organisationen alle Kosten

der Asylanten übernehmen, also Unterkunft, Verpflegung, die Haftung für Entschädigungen bei Straftaten und die Kosten etwaiger Haft und Abschiebung. Eine Bürgschaft ist dabei abzulegen und ein entsprechender Versicherungsschutz vorzuweisen. Ein anerkannter Qualitätsstandard dafür ist zu definieren.

Die Helfer oder Sponsoren dürfen auswählen, welche Flüchtlinge sie unterstützen möchten. Freie Plätze werden dem BAMF gemeldet und dabei die Kriterien für die Asylanten angegeben (eine Hilfsorganisation könnte sich z.B. dafür entscheiden, verfolgte Katholiken zu unterstützen). Alternativ kann die Organisation einzelne verfolgte Personen direkt auswählen. Es können nicht mehr Asylanten ins Land gelassen werden, als Plätze verfügbar sind. Der Staat behält weiterhin die Kontrollrechte, um seine Sicherheit und Existenz zu bewahren. Terrorverdächtige und Personen, die im Verdacht stehen, Straftaten zu planen oder diese begangen zu haben, sind abzulehnen. Die Gesamtzahl der aufzunehmenden Asylanten kann einer politischen Entscheidung in Form einer Volksabstimmung unterworfen werden. Selbstverständlich werden Straftäter weiterhin abgeschoben, dann aber auf Kosten der zuständigen Hilfsorganisation.

Die Vorteile sind:

- Bessere Integration von Asylanten, weil Menschen sich um sie individuell kümmern.
- Verlangsamung der kulturellen Veränderung.
- Geringere Flüchtlingskonzentration in und um entsprechende Asylantenheime, was dem Sicherheitsbedürfnis vieler Menschen entgegen kommt.
- Mehr kommunale Selbstbestimmung gegenüber Bund und Land.
- Niemand wird über Steuern oder andere Abgaben zu Zahlungen für Asylanten gezwungen, wodurch auch die Ausländerfeindlichkeit abnimmt.
- Keine Belastung der öffentlichen Kassen.

5 Vision

In einer zukünftigen freien Welt mit überwiegend libertären Staaten ist ein Asylrecht ohnehin unnötig, da libertäre Staaten niemanden politisch verfolgen. Sollte ein einzelner Staat dann doch in Unterdrückung und Repression verfallen, so würden sich Leute, die davor fliehen, über die ganze Welt verteilen, und als leistungsfähige Bürger eines ehemals libertären Landes für sich selbst sorgen können. Besondere staatliche Regelungen oder Einschränkungen sind in diesem Fall unnötig.